

RESOLUTION

Urheber Emmanuel Amoos, AdG/LA, und Grégory Logean, UDC
Gegenstand PUK zu allfälligen Missständen beim DMRU und zur Funktionsweise der GPK
Datum 10.09.2019
Nummer 7.0124

Am vergangenen 17. Juni hat der Chef der Dienststelle für Umwelt (DUW) beim Staatsrat seine Kündigung eingereicht. Am 21. August stellte ihn der Staatsrat mit sofortiger Wirkung frei. Dieser Entscheid fiel, nachdem der Dienstchef an die Oberaufsichtsbehörden des Kantons gelangt war. Anfang Juli übermittelte er einen Bericht von beinahe 80 Seiten sowie sechs Bundesordner mit Dokumenten an das kantonale Finanzinspektorat (KFI) und schickte ein Schreiben an die Geschäftsprüfungskommission (GPK). Gemäss den Informationen aus der Presse prangert der Dienstchef schwere Missstände im Departement von Jacques Melly an, dem er unterstellt war.

Fünf Tage nach der Freistellung des Dienstchefs widersprachen sich die Regierung und der ehemalige Chef der DUW in den Medien.

Am 2. September berichtete die Zeitung «Le Temps», dass der Dienstchef diese Missstände bereits im März 2018 bei der damaligen Präsidentin der GPK gemeldet hatte. Er habe sich innerhalb von wenigen Tagen zweimal mit ihr getroffen. Bei diesen Treffen habe er ihr die festgestellten Missstände geschildert und ihr entsprechende Dokumente übermittelt. Diese Dokumente wurden jedoch nie an die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission weitergeleitet. Die ehemalige Präsidentin der Oberaufsichtskommission hat weder die Mitglieder ihrer Kommission informiert, noch entsprechende Schritte oder Massnahmen eingeleitet.

Trotz aller an die damalige Präsidentin der GPK weitergeleiteten Informationen hat es mehr als eineinhalb Jahre gedauert, bis der Dienstchef endlich von der Kommission angehört wurde. Diese Anhörung fand schliesslich erst nach seiner Kündigung statt.

Nach dieser Anhörung haben wir erfahren, dass die GPK die allfälligen Missstände im Departement von Jacques Melly untersuchen würde. Die Zeitung «Le Temps» schrieb zudem, dass die ehemalige Präsidentin der GPK von der GPK angehört werden soll.

Objektiv betrachtet kann die GPK nicht ihre eigene Funktionsweise untersuchen. Von den 13 aktuellen Mitgliedern der GPK waren 10 bereits unter der damaligen Präsidentin Mitglieder dieser Kommission. Unter diesen Umständen kann nur eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) die nötige Objektivität gewährleisten, um die von der GPK geforderte Klärung herbeizuführen.

Zudem hat der Chef der DUW, der gekündigt hat und anschliessend mit sofortiger Wirkung vom Staatsrat freigestellt wurde, keinen Zugriff mehr auf Dokumente, Berichte, Korrespondenz oder E-Mails im Zusammenhang mit seinem früheren Posten. Er kann somit die von der GPK verlangten Informationen nicht mehr übermitteln. Einzig die Untersuchungsgewalt einer PUK, die weiter gefasst ist als jene der GPK, würde einen Zugriff auf sämtliche Dokumente ermöglichen.

Eine PUK kann nämlich Zeugen einvernehmen und die Herausgabe von Dossiers verlangen, Personen befragen, die aufgerufen sind, Auskünfte zu erteilen, sowie schriftliche oder mündliche Auskünfte von Dienststellen der Verwaltung, Behördenmitgliedern, Beamten der kantonalen Verwaltung und Privatpersonen verlangen. Zudem kann sie die Herausgabe aller Akten der kantonalen Verwaltung und des Staatsrates sowie der Verwaltungsdossiers der Gerichtsbehörden verlangen.

Schlussfolgerung

Angesichts dieser undurchsichtigen Lage fordern wir die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission gemäss Artikel 28 GORBG.

Diese Kommission muss insbesondere auf folgende Fragen eingehen:

- Aus welchen Gründen wurden die Dokumente und Informationen, die der ehemaligen Präsidentin der GPK anvertraut wurden, nie an die anderen Mitglieder der GPK weitergeleitet?
- Weshalb wurde der ehemalige Dienstchef erst eineinhalb Jahre nach der Übermittlung der Dokumente und Informationen an die ehemalige Präsidentin der GPK angehört?
- Aus welchen Gründen gibt es verschiedene Versionen eines Berichts?

Zudem muss die PUK allfällige Missstände im Departement von Jacques Melly untersuchen, die vom ehemaligen Chef der DUW aufgezeigt wurden.